

**Heimat mit Zukunft**

—

**Rheinland-Pfalz gestalten, statt  
verwalten**

**Wahlprogramm der Jungen Union  
Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl  
2024**

## **Einleitung**

1 Rheinland-Pfalz ist nicht nur die Heimat von über vier Millionen Menschen, sondern  
2 ebenso Heimat von UNESCO-Weltkulturerben, der größten und besten  
3 Weinanbaugebiete Deutschlands, Industrieunternehmen von Weltrang, geradezu  
4 malerischen Landschaften und vielem mehr. Letztere werden insbesondere von der  
5 Landwirtschaft in ihren zahlreichen Facetten durch liebevolle Pflege und  
6 Bewirtschaftung erhalten. Obwohl unser Bundesland vor nicht einmal 80 Jahren  
7 entstanden ist, beherbergt es mit Mainz, Speyer, Koblenz, Trier und Worms viele der  
8 ältesten Städte und Kulturzentren Mitteleuropas. Diese sind nicht nur Mittelpunkte  
9 christlichen Zusammenlebens, sondern auch jüdisches Leben wird in den SchUM-  
10 Städten am Rhein wieder immer präsenter.

11 Unser Bundesland besitzt eine starke landwirtschaftliche Basis, aber auch industrielle  
12 Kraftzentren. Gleichzeitig haben wir an vielen Stellen das wissenschaftliche und kreative  
13 Potenzial, die Zukunft Deutschlands, Europas und der Welt zu gestalten. Dies wurde  
14 gerade erst wieder in der SARS-CoV2-Pandemie deutlich, als ein Impfstoff *made in*  
15 *Rheinland-Pfalz* einen sehr großen Beitrag dazu leistete, die schlimmste bisherige  
16 Gesundheitskrise dieses Jahrhunderts zu beenden. Doch neben all den historischen,  
17 wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Errungenschaften unseres Bundeslandes  
18 zeichnet es nichts so aus wie seine Einwohner. In keinem anderen Bundesland  
19 engagieren sich mehr Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich. Rheinländer, Rheinhessen  
20 und Pfälzer leben nicht nur Geselligkeit und Lebensfreude, sondern gestalten ihre  
21 Heimat jeden Tag aktiv mit.

22 Eine der größten Chancen zur Mitgestaltung der nächsten Jahre bietet die  
23 Kommunalwahl 2024. Dort werden sich Rheinland-Pfälzer wieder sehr zahlreich zur  
24 Wahl stellen, um sich in der kommenden Legislaturperiode einzubringen. Gerade die  
25 kommunalen Gremien der über 2400 Städte, Kreise und Gemeinden beeinflussen den  
26 Alltag unmittelbarer als jede andere Politikebene und kämpfen stets für das Beste für  
27 ihre Heimat. Besonders zahlreich setzen sich Christdemokraten für ihre Heimat ein. Die  
28 CDU ist die Kommunalpartei schlechthin und in nahezu allen kommunalen Räten stark  
29 vertreten.

30 Erschwert wird dies jedoch immer mehr durch die Landespolitik in Rheinland-Pfalz. Auch  
31 in den letzten Jahren mussten immer wieder die Kommunen die Versäumnisse der  
32 Landesregierung auffangen. So wird der Unmut der Bürgerinnen und Bürger über  
33 kommunalen Finanzausgleich, Polizei- und Ordnungsbehördengesetz, wie auch über  
34 den immer größer werdenden Investitionsstau in Infrastruktur an kommunale  
35 Funktionsträger und nicht an die Verantwortungsträger in Mainz getragen. Als Junge  
36 Union wollen wir, dass unser Bundesland sein Potenzial entfalten kann. Deshalb  
37 engagieren wir uns nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern wollen auch für einen

38 Wandel in der Landespolitik streiten. In diesem Programm haben wir 24 Forderungen  
39 an die Landespolitik formuliert, um den kommunalen Verantwortlichen die  
40 Rahmenbedingungen zu geben, die sie verdienen.

### **1. Wald-Land-Pfalz – Wälder in Rheinland-Pfalz für Klimaschutz, Wirtschaft und Naherholung erhalten**

41 Über 42 Prozent der Fläche von Rheinland-Pfalz sind von Wald bedeckt, der nahezu alle  
42 Regionen unserer Heimat prägt. Der Wald ist nicht nur eine wichtige Ressource für den  
43 Baustoff Holz, sondern liefert auch saubere Luft und Trinkwasser, reguliert das Klima  
44 und ist ein unverzichtbarer Ort zur Naherholung.

45 Unsere Wälder sind sensible Ökosysteme, in denen sich über Jahrhunderte ein  
46 Gleichgewicht aus Umweltbedingungen, heimischer Flora und Fauna entwickelt hat.  
47 Leider haben die Wälder in den letzten Jahren unter Dürren, Stürmen und  
48 Schädlingsbefall gelitten. Zukünftig werden einheimische Baumarten voraussichtlich  
49 noch stärker von Schäden betroffen sein. Um das Ökosystem Wald zu erhalten und um  
50 den Wald strukturell an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen, ist eine  
51 langfristige Strategie erforderlich. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass  
52 Mischwälder weit weniger anfällig gegen Schädlinge wie Borkenkäfer und Waldbrände  
53 sind als Monokulturen. Deshalb wollen wir auf die Entstehung von Mischwäldern durch  
54 gezielte Auf- und Umforstungsprogramme hinarbeiten. Insbesondere private und  
55 kommunale Waldbesitzer benötigen Anreize und Unterstützung, um eine nachhaltige  
56 Waldstruktur zu erreichen und zu erhalten. Daher soll eine Prämie an kommunale und  
57 private Waldbesitzer ausgeschüttet werden, wenn sie Investitionen in  
58 Umweltschutzmaßnahmen nachweisen. Gleichzeitig fordern wir, dass die Einnahmen  
59 des Landes aus der Forstwirtschaft zu 100% in den Wald reinvestiert werden.

60 Außerdem müssen Maßnahmen ergriffen werden, die den Artenschutz in unseren  
61 heimischen Wäldern forcieren und beispielsweise die Ausbreitung invasiver Arten  
62 minimieren. Deshalb fordern wir die Jagdzeiten für Marderhund, Nilgans und Waschbär  
63 so anzupassen, dass sie keiner Schonzeit mehr unterliegen. Ebenso soll das Nutria in das  
64 Landesjagdgesetz aufgenommen werden. Zur Stärkung heimischer Arten sollen die  
65 Bewirtschaftungsgebiete für Dam-, Muffel- und Rotwild aufgehoben und eine Förderung  
66 für Drohnen zur Kitzrettung eingeführt werden.

### **2. Ausbau regenerativer Energien beschleunigen**

67 Spätestens seit Februar 2022 und dem russischen Überfall auf die Ukraine wurde  
68 deutlich, dass Energiepolitik auch Sicherheitspolitik ist. Der Ausbau regenerativer  
69 Energien ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Klima- und Umweltschutz, sondern  
70 ebenso zur Minderung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland und  
71 anderen autoritären Staaten.

72 Mit ihrem Klimaschutzgesetz hat sich die Landesregierung 2014 zwar ehrgeizige Ziele  
73 gesteckt, doch ist sie seitdem in der Realität weit dahinter zurückgeblieben. Der Anteil  
74 erneuerbarer Energien am Jahresbruttostromverbrauch lag 2020 erst bei 36 Prozent  
75 und deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 46 Prozent.

76 Solaranlagen bieten nach wie vor große Potenziale, um klimafreundlich Energie zu  
77 gewinnen. Während es eine Solarpflicht für gewerbliche Neubauten gibt, sind  
78 Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden jedoch immer noch eine Ausnahme. Wir wollen  
79 daher die Solarpflicht auf öffentliche Gebäude ausweiten.

80 Um neben der Strom- auch die Wärmewende zum Erfolg zu führen, wollen wir den  
81 Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen vorantreiben. Durch diese Maßnahme lässt sich  
82 nicht nur die Effizienz der Gebäudeheizung verbessern, sondern es können auch  
83 industrielle Abwärme sowie klimaneutrale Wärme aus Geothermiekraftwerken genutzt  
84 werden.

85 Wir wollen speziell Kommunen zum Ausbau einer grünen Energieinfrastruktur  
86 motivieren. Deshalb fordern wir, dass das Land die Investitionskosten für kommunale  
87 Energieparks und Wärmenetze bezuschusst und fördert.

### **3. Stärkung kommunaler Schwimmbäder**

88 Schwimmbäder sind in unserer Gesellschaft ein wichtiger Bestandteil zur  
89 Freizeitgestaltung und der Ausübung von Sport. Sie dienen in heißen Sommertagen zur  
90 Abkühlung und werden tagtäglich durch Sportvereine oder Schulen genutzt, um  
91 Menschen das Schwimmen beizubringen. Hierbei stoßen die betreibenden Kommunen  
92 jedoch immer öfter an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Gerade finanziell schwache  
93 Gemeinden in Rheinland-Pfalz können die immensen Kosten nur mit großer  
94 Anstrengung tragen. Dies führt immer öfter zur Schließung von Schwimmbädern, da  
95 deren Betrieb nur als freiwillige kommunale Leistung klassifiziert wird. Hinzu kommt ein  
96 großer Fachkräftemangel bei Bade- und Schwimmmeistern sowie Jugend- und  
97 Schwimmtrainern. Schon seit mehreren Jahren müssen Rettungsschwimmer sowie  
98 Bade- und Schwimmmeister Überstunden leisten oder einzelne Schwimmbäder die  
99 Öffnungszeiten kürzen, um den Betrieb erhalten zu können.<sup>1</sup> Durch die abnehmende  
100 Zahl der Schwimmbäder ist Schwimmunterricht immer seltener möglich und die  
101 Schwimmkompetenz nimmt ab. Dadurch steigt die Gefahr von Badeunfällen.

---

<sup>1</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/trier/in-den-freibaedern-der-region-trier-ehlen-viele-bademeister-100.html>

102 Deshalb fordern wir, den Betrieb von Schwimmbädern als Pflichtaufgabe der Landkreise  
103 und kreisfreien Städte zu klassifizieren. Um die Umsetzung in der Praxis zu ermöglichen,  
104 muss das Land die Kommunen beim Erhalt und der Erneuerung vorhandener  
105 Schwimmbäder finanziell entlasten und das Fachpersonal mit besseren Tarifverträgen  
106 im öffentlichen Dienst ausstatten, um mehr Menschen in den Beruf des  
107 Fachangestellten für Bäderbetriebe zu locken.

#### **4. Gerechter kommunaler Finanzausgleich für starke Kommunen**

108 Zu Beginn von 2023 bekamen viele Bürger und Unternehmen Bescheide über erhöhte  
109 Grund- und Gewerbesteuern zugestellt. Durch die Neufassung des kommunalen  
110 Finanzausgleichs wurden viele Kommunen von der Landesregierung gezwungen, zeitnah  
111 die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Das finden wir falsch!

112 Die Novellierung des Gesetzes wurde notwendig, weil der Verfassungsgerichtshof  
113 Rheinland-Pfalz 2020 den Finanzausgleich der Regierung zum wiederholten Mal für  
114 verfassungswidrig erklärt hat. Eigentlich wäre zu hoffen gewesen, dass die  
115 Landesregierung im dritten Versuch endlich eine kostendeckende Finanzierung der  
116 Kommunen etabliert.

117 Die nun umgesetzte Reform macht aber fassungslos. Das Geld für die Kommunen soll  
118 von den Bürgern und Unternehmen eingesammelt werden. Die Umsetzung wurde auf  
119 ehrenamtliche Ratsmitglieder abgewälzt. Sollten die sich dem Willen der  
120 Landesregierung nicht beugen, haben die jeweiligen Kommunen in Zukunft  
121 unverschuldet empfindliche zusätzliche Einbußen zu fürchten. Wir wollen, dass  
122 Kommunen in Rheinland-Pfalz endlich die finanzielle Ausstattung bekommen, die sie  
123 verdienen. Das bedeutet, dass nach Erledigung aller kommunaler Pflichtaufgaben noch  
124 Geld in der Gemeindekasse sein muss, um kommunalen Mandatsträgern und Bürgern  
125 Gestaltungsspielräume für ihre Kommune zu geben.

#### **5. Personal-Not in Kitas bekämpfen, Infrastruktur ausbauen und Kommunen entlasten**

126 Zum 1. Juli 2021 ist das neue Kita-Gesetz in Rheinland-Pfalz in Kraft getreten. Seither  
127 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Platz im Kindergarten für ihr Kind. Die  
128 Landesregierung verspricht mehr Qualität und Geld für die Träger und Gebührenfreiheit  
129 für die Eltern. Bei der Umsetzung stehen die Kommunen aber an vielen Stellen allein da.  
130 Die Landesregierung hat weder die personellen Ressourcen noch die Infrastruktur zur  
131 Umsetzung geschaffen, obwohl das beschlossene Gesetz zu einem deutlich erhöhten  
132 Personal- und Raumbedarf führt. Die aktuelle Investitionsförderung ist nur ein Tropfen  
133 auf den heißen Stein, was die prekäre Haushaltslage vieler Kommunen zusätzlich  
134 verschärft.

135 Vor Ort bleibt dann oft nichts als leere Versprechungen: Obwohl frühkindliche Bildung  
136 als existenziell angesehen wird, sind Erzieherinnen und Erzieher im ganzen Land  
137 überlastet und die Personalschlüssel sind weiterhin zu gering. Zusätzlich ist das  
138 Gehaltsgefüge von pädagogischem Fachpersonal nicht entsprechend der Leistung, die  
139 erbracht wird. Letztlich hat das zur Folge, dass es zu wenig Plätze für die zu betreuenden  
140 Kinder gibt. Unter Umständen müssen Eltern Kitaplätze am anderen Ende eines  
141 Landkreises annehmen und große Umwege in Kauf nehmen. Eine Folge davon ist, dass  
142 oftmals Frauen nicht oder erst später ins Arbeitsleben zurückkehren können, obwohl sie  
143 dies gerne wollen. Dieser Aspekt betrifft besonders Frauen, weil sie traditionell mehr  
144 Care-Arbeit übernehmen und in der Folge finanziell stärker zurückstecken müssen. Dies  
145 führt wiederum in ihrer Rente zu einer Versorgungslücke.

146 Wir fordern, dass das Land die Kommunen endlich in ausreichendem Maße beim Um-  
147 und Neubau von Kindergärten unterstützt, sodass diese den wachsenden  
148 Herausforderungen gerecht werden können. Dies kann durch beschleunigte  
149 Planfeststellungsverfahren zusätzlich erleichtert werden. Desweiteren muss  
150 pädagogisches Personal angeworben werden, um die vom Land formulierten Ziele  
151 erfüllen zu können.

## **6. Pflegekräfte aus dem Ausland anwerben und schnell integrieren**

152 Die Überalterung der Gesellschaft und deren Konsequenzen werden immer spürbarer.  
153 Zusätzlich zum demographischen Wandel steigt die Lebenserwartung. Dadurch gibt es  
154 immer mehr pflegebedürftige Menschen für die nicht ausreichend Pflegepersonal  
155 vorhanden ist. Aufgrund der geringen Attraktivität des Pflegeberufes haben sich in der  
156 Vergangenheit viele Kräfte umorientiert, die jetzt fehlen. Einen Beitrag zur Lösung des  
157 Problems könnte die Einwanderung von Fachkräften darstellen.

158 Wir fordern deshalb, die rechtlichen Grundlagen zu prüfen und insofern zu ändern, dass  
159 ein ausländischer Abschluss in einem Pflegeberuf in Rheinland-Pfalz schneller anerkannt  
160 werden kann. Außerdem möchten wir prüfen, ob die pflegerische Schulung für  
161 ausländische Pflegekräfte so zugeschnitten werden kann, dass diese für jede einzelne  
162 Person möglichst effizient abläuft und somit wirklich nur die Inhalte gelehrt werden, die  
163 vorher nachweislich nicht erbracht wurden. Zusätzlich sollen finanzielle und weitere  
164 Anreize für ausländische Pflegekräfte geprüft werden. Durch verpflichtende  
165 Deutschkurse soll die sprachliche Barriere überwunden werden,  
166 Integrationsmaßnahmen sollen die langfristige Bindung an Deutschland ermöglichen.

## **7. Widerstandsfähigkeit des Gesundheitswesens stärken**

167 Die SARS-CoV-2-Pandemie hat unser Land und unsere Gesellschaft in den letzten Jahren  
168 an ihre Grenzen gebracht. Bürger mussten auf vieles verzichten und taten es, um ihre  
169 Mitbürger zu schützen. Durch kurzfristig erarbeitete und innovative Lösungen konnten

170 viele Herausforderungen gemeistert werden. Nichtsdestotrotz wurden uns auch an  
171 vielen Stellen Lücken und Mängel aufgezeigt.

172 Während die pandemische Phase von SARS-CoV-2 augenscheinlich vorbei ist, wird es  
173 wichtiger denn je, die Resilienz unserer Gesellschaft gegenüber zukünftigen Pandemien  
174 zu stärken. Es ist nicht auszuschließen, dass bald das nächste Virus auf die Bildfläche tritt  
175 und die nächste Pandemie in Gang setzt. Dies kann der Staat nur begrenzt verhindern.  
176 Die Bürger müssen sich aber darauf verlassen können, dass in der nächsten Krise  
177 ausgereifte Pläne für die wichtigsten Bereiche in der Schublade liegen und ein  
178 geordnetes Eingreifen mit weniger Freiheitseinschränkungen möglich ist. Zur zentralen  
179 Steuerung der Maßnahmen des Infektionsschutzes fordern wir die Gründung eines  
180 Landesgesundheitsamtes.

181 Neben der Sicherung von Lieferketten und der Lagerhaltung von kritischen  
182 Verbrauchsgütern, wie Masken, Medizinprodukten und Arzneimitteln, betrifft diese  
183 Krisenvorsorge auf Landesebene vor allem die Stärkung der Krankenhauslandschaft. Die  
184 Landesregierung vernachlässigt seit Jahrzehnten die Ausstattung der Krankenhäuser mit  
185 ausreichenden Investitionsmitteln. Die fehlenden Gelder für Investitionen müssen  
186 mindestens teilweise aus dem Betrieb heraus erwirtschaftet werden. Deshalb fordern  
187 wir eine deutliche Erhöhung der Investitionsmittel für die Krankenhäuser und die  
188 Initiierung einer überfälligen Strukturreform.

## **8. Ärzte- und Apothekermangel bekämpfen**

189 Niedergelassene Ärzte und Apotheker sind nach wie vor zwei tragende Säulen der  
190 Gesundheitsversorgung in Deutschland. Gerade in der Pandemie haben beide  
191 Berufsgruppen ihren Wert nochmals unterstrichen. Ärzte betreuten nicht nur ihre  
192 eigenen Patienten, sondern behandelten in Corona-Ambulanzen, führten zusätzliche  
193 Hausbesuche durch und impften in Impfzentren. Apotheker versorgten die Bevölkerung  
194 kurzfristig mit Desinfektionsmittel, Masken, Impfstoff und legten schlussendlich beim  
195 Impfen selbst Hand an.

196 Der Nachwuchsmangel in beiden Berufen bedroht das Rückgrat der ambulanten  
197 Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz. Schon 2021 lag der Altersmedian bei den  
198 Hausärzten in RLP bei 57 Jahren. Im selben Jahr wurde ein Nachbesetzungsbedarf von  
199 54 Prozent bis 2025 errechnet.<sup>2</sup> Schon 2020 wurde dargelegt, dass zum Ersatz der in den

---

<sup>2</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/hausaeerzte-mangel-rlp-100.html> (31.8.22)

200 Ruhestand gehenden Apotheker eine Verdopplung der rheinland-pfälzischen  
201 Ausbildungskapazitäten notwendig wäre.<sup>3</sup>

202 Deshalb fordern wir eine kurzfristige und deutliche Erhöhung der Studienplätze für  
203 Medizin und Pharmazie in Rheinland-Pfalz. Dazu gehört auch, dass das Land das  
204 bestehende Universitätsklinikum in Mainz finanziell besser ausstattet und eine zweite  
205 medizinische Fakultät in Rheinland-Pfalz ansiedelt. Die Vergabe von Studienplätzen über  
206 die sogenannte „Landarztquote“ halten wir hierbei für ein geeignetes Mittel zur  
207 Sicherstellung der Gesundheitsversorgung auf dem Land.

## **9. Migranten kommunal besser integrieren**

208 Die Integration neuer Bürger vor Ort ist für das gute Miteinander und eine  
209 funktionierende kommunale Struktur essenziell. Leider gestaltet sich dies oft als  
210 schwierig und es gibt erheblichen Nachbesserungsbedarf.

211 Zu beobachten ist, dass ländliche Kommunen vor anderen Herausforderungen stehen  
212 als der urbane Raum. Dennoch gibt es viele Überschneidungen, wie beispielsweise die  
213 Unterbringung vor Ort oder der Eintritt in den Arbeitsmarkt. Bereits kleine Maßnahmen  
214 können einen großen Effekt erzielen. Kulturelle sowie sprachliche Barrieren müssen  
215 überwunden werden, egal ob durch die Vermittlung der örtlichen Traditionen oder die  
216 Aufnahme in das Vereinsleben vor Ort.

217 Wir fordern, die rechtlichen Grundlagen so zu verändern, dass Migranten künftig einen  
218 einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt haben und Sprach- sowie Integrationskurse  
219 verpflichtend eingeführt werden. Außerdem sprechen wir uns für die Schaffung einer  
220 verpflichtenden Stelle eines Integrationsbeauftragten für jede Kommune aus, so kann  
221 eine fundierte und langfristige Integration mit Maßnahmen vor Ort ermöglicht werden.  
222 Bei allen Maßnahmen ist eine finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land  
223 elementar. Nicht zuletzt bei der Schaffung von Wohnraum.

224 Gleichzeitig darf sich Rheinland-Pfalz bei der Abschiebung von ausreisepflichtigen  
225 Personen nicht verwehren. Eine gerechte Migrationspolitik, die das Vertrauen der  
226 Bürgerinnen und Bürger genießt, erfordert dass rechtskräftige Entscheidungen auch  
227 vollzogen werden.

---

<sup>3</sup> <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/3579-18.pdf> (31.8.22)

## **10. Attraktivität des ländlichen Raums für Arbeitnehmer und Arbeitgeber steigern**

228 Während deutsche Städte sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer seit jeher  
229 besonders attraktiv erscheinen, werden ländliche Regionen immer seltener in Betracht  
230 gezogen. Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland, dessen Lebensqualität von einer gesunden  
231 Mischung aus städtisch und ländlich geprägten Regionen profitiert. Damit die  
232 unterschiedlichen ländlichen Regionen des Landes weiterhin eine passende Alternative  
233 zum Leben in der Stadt bleiben, ist die Sicherung der Attraktivität für Arbeitnehmer und  
234 Arbeitgeber essenziell. Hierbei gibt es zahlreiche Baustellen. Insbesondere hinkt die  
235 Infrastruktur in ländlichen Gegenden so weit hinterher, dass sich Arbeitgeber und  
236 Arbeitnehmer immer öfter für die Ballungsräume entscheiden. Sowohl das Land als auch  
237 die Kommunen können ihren Beitrag dazu leisten, die Probleme zu lösen. Um die  
238 individuellen Bedürfnisse innerhalb der ländlichen Kommunen zu berücksichtigen, ist  
239 der Dialog mit allen relevanten Interessengruppen wichtig. Arbeitgeber und  
240 Arbeitnehmer vor Ort wissen am besten, was ihre eigenen Anforderungen an einen  
241 attraktiven Standort sind.

242 Wir fordern mehr Konzepte zur Sicherung der Attraktivität des ländlichen Raumes für  
243 Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das Land soll attraktive Förderprogramme auflegen, um  
244 unter anderem die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, Glasfaser auszubauen und  
245 Betreuungsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen. Außerdem soll ein Portal für die  
246 Darstellung von „Best Practices“ zur Adressierung unterschiedlicher Problemfelder  
247 eingerichtet werden.

## **11. Mobilfunklücken auf dem Land endgültig schließen**

248 Rheinland-Pfalz ist noch lange nicht flächendeckend vollständig im digitalen Zeitalter  
249 angekommen. Weder der Breitbandausbau auf dem Land noch die lückenlose  
250 Versorgung mit Mobilfunk sind gesichert. Schnelles Internet gehört im 21. Jahrhundert  
251 genauso zur Grundversorgung wie Strom und fließendes Wasser. Deshalb bedeutet eine  
252 langsame Internetverbindung einen gravierenden Standortnachteil für ländliche  
253 Bereiche.

254 Doch wer vom schnellen Internet spricht, wenn nicht einmal die lückenlose Versorgung  
255 mit Mobilfunk gegeben ist, macht sich schnell unglaublich. Noch immer ist es kaum  
256 möglich, durch einen Landkreis in Rheinland-Pfalz zu fahren, ohne Gesprächsabbrüche  
257 durch Funklöcher zu erleiden. Bei einer steigenden Anzahl von mobilen Endgeräten und  
258 mobilen Anwendungen, wie dem autonomen Fahren, ist (schneller) Mobilfunk die  
259 Grundvoraussetzung für einen vollständigen Wandel hin zur Gigabit-Gesellschaft. Doch  
260 das Schließen der weißen Flecken krankt weiter an viel zu langen

261 Genehmigungsverfahren sowie mangelnder Unterstützung und Koordination durch das  
262 Land.

263 Wir fordern deshalb schlankere Genehmigungsverfahren für Mobilfunkanlagen. Wird  
264 der Bauantrag nicht innerhalb einer festen Frist beschieden, soll er automatisch  
265 genehmigt werden. Außerdem soll eine Kompetenzstelle Mobilfunk beim Land  
266 eingerichtet werden, die die Mobilfunkbetreiber und Kommunen zusammenbringt.  
267 Zusätzlich soll ein Investitionsfonds zur Förderung des Ausbaus von 5G-Testfeldern in  
268 strukturschwächeren Regionen eingerichtet werden.

### **12. Mobilitätsnetzwerk Rheinland-Pfalz – Verkehrswende durch Vernetzung beschleunigen**

269 Ohne die Verkehrswende kann kein nachhaltiger Klimaschutz gelingen. Über ein Viertel  
270 der CO<sub>2</sub>-Äquivalente wird durch den Verkehrssektor emittiert. Die Corona-Pandemie  
271 hat gezeigt, dass weniger Verkehr zur Reduzierung der Emissionen beiträgt – gleichzeitig  
272 aber auch, dass eine Reduktion des Verkehrs zu anderen Problemen führt.  
273 Mobilitätswende und Energiewende müssen hier also Hand in Hand greifen. Auch für  
274 die Kommunen stellt sich die Frage, wo Verkehr sinnvoll gebündelt werden kann, um  
275 das Verkehrsaufkommen zu reduzieren, und wie sich die notwendige Mobilität  
276 möglichst klimaschonend gestalten lässt. Die Verkehrsverbünde verhindern gerade an  
277 ihren Grenzen oft wichtige Flexibilität und erschweren ein flächendeckendes  
278 Verkehrskonzept.

279 Um die Kommunen besser bei dieser Aufgabe zu unterstützen und die Vernetzung  
280 untereinander zu fördern, fordern wir die Öffnung der Verkehrsverbünde und die  
281 Gründung eines Mobilitätsnetzwerks Rheinland-Pfalz.

### **13. Plattformen für Berufe der Zukunft schaffen**

282 Unternehmen in Deutschland können ihren Bedarf an Fachkräften in  
283 Informationstechnik und Telekommunikation (IKT-Berufe) hierzulande nicht mehr  
284 vollständig decken. Deshalb weiten viele Unternehmen ihre Suche nach Fachkräften auf  
285 die internationale Ebene aus. Dabei sind die Potenziale auf dem deutschen Arbeits- und  
286 Ausbildungsmarkt bei weitem nicht ausgeschöpft. Mit der Rheinland-Pfälzischen  
287 Technischen Universität (RPTU) Kaiserslautern-Landau erfreuen wir uns einer  
288 Universität, die bereits Spitzenforschung betreibt. Die Ideen der Studierenden,  
289 beispielsweise im Rahmen von Bachelor- oder Masterarbeiten, könnten als Zugewinn  
290 für Rheinland-Pfalz genutzt werden. Insbesondere die IKT-Berufe sind für einen  
291 zukunftssicheren Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung. Der ländliche Raum  
292 hingegen wird nur vereinzelt in Forschungsprojekte oder die Arbeit von Universitäten  
293 eingebunden.

294 Deshalb muss das Land noch mehr Maßnahmen ergreifen und entsprechende  
295 Rahmenbedingungen schaffen, um Rheinland-Pfalz attraktiv für die Ansiedlung von IKT-  
296 Berufen zu machen. Ein besonderer Schwerpunkt in der Kampagne sollte daraufgelegt  
297 werden, auch Frauen für diese Berufe anzusprechen und für die guten  
298 Zukunftsaussichten im Technologiebereich zu werben.

#### **14. Attraktivität von Ausbildungsberufen verbessern**

299 Jährlich bleiben Tausende von Ausbildungsplätzen unbesetzt. Allein im Jahr 2022 waren  
300 es knapp 69.000. Wir nehmen immer stärker wahr, dass in der Gesellschaft starke  
301 Anreize für Schüler gesetzt werden, sich für ein Studium und gegen eine Ausbildung zu  
302 entscheiden. Nachdem die Hauptschule in Rheinland-Pfalz faktisch abgeschafft wurde,  
303 wird auch die Zahl der Realschulen immer weniger. Immer mehr Schüler erreichen das  
304 Abitur, was grundsätzlich erfreulich ist. Doch den meisten Abiturienten wird nach dem  
305 Schulabschluss nachdrücklich zu einem Studium geraten.

306 Gleichzeitig wird der Fachkräftemangel in den Ausbildungsberufen, vor allem auch im  
307 Bereich der Handwerksberufe, immer drängender. In vielen Fällen wird es schwierig  
308 einen Handwerker zu finden.

309 Die Attraktivität von Ausbildungen, insbesondere im Handwerk, muss nachhaltig  
310 gesteigert werden. Hierzu soll eine Imagekampagne für Ausbildungsberufe in Rheinland-  
311 Pfalz beitragen. Dabei ist auch insbesondere auf den Abbau von geschlechtsspezifischen  
312 Vorurteilen zu achten. Darüber hinaus sollte die Möglichkeit geschaffen werden, schon  
313 früher (in der Sekundarstufe 1) im Gymnasium regelmäßig Praktika zu absolvieren. Auch  
314 die berufsbildenden Schulen müssen nah und gut erreichbar zum Ausbildungsplatz  
315 verortet sein und ordentlich ausgestattet werden, um hochwertigen Unterricht zu  
316 gewährleisten. Desweiteren fordern wir, spiegelgleich zum Studium subventionierte  
317 ÖPNV-Tickets und Wohnraum für Auszubildende zu schaffen.

#### **15. Früh übt sich – Rahmenbedingungen für die Förderung von Informatik-Talenten in den Schulen schaffen**

318 Mittlerweile wird unser ganzer Alltag von Computern und dem Internet geprägt.  
319 Trotzdem ist in Rheinland-Pfalz Informatik noch immer kein Pflichtfach. Andere Länder  
320 wie Sachsen, Baden-Württemberg oder Bayern sind hier schon weiter. Nur mit  
321 Informatikunterricht können wir das ganze Potenzial der Schülerinnen und Schüler  
322 ausschöpfen und verdeckte Interessen wecken. Denn in unseren Schulen schlummern  
323 die Digital-Talente von morgen.

324 Digitalunterricht ab der 5. Klasse würde zunächst relevante Grundkenntnisse,  
325 Medienkompetenz und Sensibilität vermitteln, die jedes Kind und jeder Jugendliche

326 benötigt. Dazu gehören: Möglichkeiten und Risiken des Internets, verantwortungsvoller  
327 Umgang mit Smartphone und Computer, Mailkommunikation, Büroprogramme zum  
328 Erstellen von Text, Präsentationen und Excel-Tabellen, aber auch die Erkennung von  
329 Fake-News. Auch heute sind 10-Finger Schreibkurse noch sehr wichtig, damit die  
330 Bedienung einer Computertastatur den Schülern genauso leichtfällt wie das Schreiben  
331 auf dem Papier. Schließlich sollten auch Kompetenzen in Programmierung vermittelt  
332 werden. Die Komplexität des Unterrichts würde sich nach der Schulform richten. Jedoch  
333 sind grundlegende Funktionsweisen von Algorithmen mittlerweile für jeden Schüler in  
334 den Grundzügen relevant.

335 Nebenbei kann bei einem solchen Digitalunterricht Begeisterung für digitale Berufswege  
336 wie Informatik und die Gründung von Start-Ups durch den Kontakt mit digitalen  
337 Endgeräten gesteigert werden. Hierzu wollen wir jedem Schüler ein digitales Endgerät  
338 zur Verfügung stellen.

339 Aktuell steht der nachhaltigen Nutzung der Geräte oft eines im Weg: die Wartung der  
340 Geräte durch Fachpersonal vor Ort. Bislang haben die Schulen lediglich die Möglichkeit,  
341 einen Lehrer zum Medienbeauftragten zu machen, der dafür eine geringe Entlastung im  
342 Unterrichtsbetrieb erhält. Auch Sekretariatskräfte und Hausmeister haben ihre eigenen  
343 Aufgabenbereiche und oft unzureichende Kenntnisse für die Übernahme solcher  
344 Aufgaben. Mit der zunehmenden Nutzung moderner Technik in Schulen wachsen aber  
345 auch stetig die Herausforderungen in der Wartung und Instandhaltung.  
346 Damit angeschaffte Geräte langfristig und sinnvoll genutzt werden können, fordern wir  
347 die Landesregierung auf, die nötigen Mittel für eine flächendeckende Versorgung mit  
348 „digitalen Hausmeistern“ bereitzustellen.

## **16. Attraktivitätsoffensive für eine Karriere im öffentlichen Dienst für IT-Fachkräfte**

349 Um unsere Verwaltung zu digitalisieren und leistungsfähiger zu machen, bedarf es gut  
350 ausgebildeter und kompetenter junger Fachkräfte. Für Informatiker, die frisch von der  
351 Hochschule kommen, ist eine staatliche Stelle nicht ansprechend. Denn die  
352 Berufsangebote können weder durch ein besonders kreatives und freies Arbeitsumfeld  
353 locken noch finanziell Anreize bieten.

354 Damit staatliche Stellen aus Sicht der Arbeitnehmer attraktiver werden, braucht es  
355 einen Mentalitätswandel in den Kommunen und Behörden. Diese müssen sich zu einem  
356 Arbeitsumfeld wandeln, das junge, dynamische IT-Talente anspricht. Agile  
357 Arbeitsweisen müssen auch im Projektmanagement der Verwaltungen angewandt  
358 werden, da die Ergebnisse der IT-Projekte sich zukünftig viel stärker an den Interessen  
359 der Nutzer ausrichten müssen. Das heißt, es braucht ein Veränderungs-Management

360 (Change-Management), damit Verbesserungen konsequent umgesetzt werden und  
361 nicht getreu dem Motto „gelesen, gelacht, gelocht“ in der Verwaltung versanden.  
362 Routineprozesse müssen mithilfe moderner IT-Systeme deutlich verschlankt und  
363 effizienter gestaltet werden. Dies entlastet die Mitarbeiter von redundanten und nicht  
364 effektiven Tätigkeiten. Die Bürger profitieren gleichzeitig von verständlicheren und  
365 schnelleren Prozessen und Abläufen.

366 Diese Bemühungen werden aber wenig Effekt haben, wenn nicht die  
367 Besoldungsstruktur, die Tarifverträge von Bund, Ländern und Kommunen für Berufe, in  
368 denen besondere Knappheit herrscht, noch deutlich angepasst werden. Denn viele  
369 kompetente Arbeitskräfte wechseln heute schon auf die deutlich lukrativere  
370 Beraterseite. Sollte es weiter nicht gelingen interne Expertise im IT-Bereich aufzubauen,  
371 werden Land und Kommunen zu deutlich höheren Kosten von externen Beratern  
372 abhängig sein.

373 Wir fordern, dass das Land sich für neue Besoldungsstrukturen einsetzt, damit der  
374 öffentliche Dienst im Wettbewerb um die besten Köpfe konkurrenzfähig zur freien  
375 Wirtschaft wird und junge Fachkräfte für die Verwaltungen angeworben werden  
376 können.

### **17. Bürokratieabbau durch Digitalisierung der Verwaltungen**

377 Seit einigen Jahren sind viele Verwaltungen zunehmend überlastet. Gleichzeitig sind  
378 jedoch immer noch zu wenige Verwaltungsprozesse digital zugänglich. Die aktuellen  
379 Antragsverfahren sind oft zu kompliziert und mit zu vielen Einzelfällen ausgestattet. Das  
380 Ganze ist für Bürger und Unternehmen oft schlecht verständlich. Einheitliche Hard- und  
381 Software könnten Abhilfe schaffen, um bisherige Strukturen zu verschlanken und  
382 Abläufe zu beschleunigen. Ziel muss sein, dass der Gang zur Behörde für die Bürgerinnen  
383 und Bürger zu Ausnahme wird. Voll digitalisierte Antragsverfahren und Zustellung von  
384 entsprechenden Dokumenten per Mail oder Post würden den Alltag für viele erheblich  
385 erleichtern. Wichtige Bausteine hierfür sind die Einführung von E-Akten und das  
386 Aufbrechen von Datensilos. Ziel muss sein, dass Daten und Formulare effizient und  
387 schnell zwischen Behörden ausgetauscht und ihre Bearbeitung beschleunigt werden.  
388 Nur so kann eine effektive Digitalisierung gelingen und deren ganzes Potenzial gehoben  
389 werden.

390 Schließlich braucht es bei der für die Verwaltung entwickelten Software auch ein frühes  
391 Nutzerfeedback und wiederholte, kontinuierliche Verbesserungen, damit Anwender  
392 nicht mehr fragend vor dem Computer zurückgelassen werden oder eine Software  
393 tagelang nicht erreichbar ist. Gleichzeitig müssen Verwaltungsprozesse sicher sein,  
394 damit sie ein ausreichend hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung erhalten. Um staatliche

395 und private Daten zu schützen, brauchen die Kommunen zusätzliche und speziell dafür  
396 zugeteilte Mittel vom Land.

397 Außerdem fordern wir ein Cyber-Kompetenzzentrum auf Landesebene, um Cyber-  
398 Attacken verhindern und abwehren zu können. Kommt es dann doch zu einer  
399 erfolgreichen Attacke, hilft das Zentrum den Kommunen umgehend den verursachten  
400 Schaden zu begrenzen. Dieses Zentrum soll zusätzlich Schulungen zur IT-  
401 Sicherheitskompetenz für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchführen und die  
402 Verwaltungen in IT-Sicherheitsfragen beraten.

### **18. Kommunalen Vollzugsdienst vereinheitlichen**

403 Der Kommunale Vollzugsdienst (KVD) ist in unserem Land für die Gefahrenabwehr und  
404 die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig. Dazu gehören  
405 die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten wie bspw. Ruhestörungen,  
406 Belästigungen der Allgemeinheit, die Kontrolle der Einhaltung der kommunalen  
407 Satzungen und Verordnungen (Gefahrenabwehrverordnung etc.), Kontrolle von  
408 Gaststätten und Gewerben, Sicherung von Großveranstaltungen sowie Umweltschutz.

409 Um die Attraktivität des Berufsbildes zu stärken, aber auch um allen im kommunalen  
410 Vollzugsdienst Beschäftigten die gleiche Sicherheit zukommen zu lassen, ist eine  
411 Vereinheitlichung des Berufsbildes unabdingbar. Deshalb fordern wir die Einführung von  
412 Mindeststandards in der Ausbildung, sowie im Bereich der technischen Ausstattung wie  
413 die Beschaffung von Bodycams, die Beschaffung von Tasern (Distanz-  
414 Elektroimpulsgeräte) sowie die Anbindung an den Digitalfunk (BOS-Funk), die  
415 landesweit gelten sollen. Im Bereich der personellen Besetzung sollen Mindeststärken  
416 eingeführt werden, die eine Eigensicherung der kommunalen Vollzugsbeamtinnen und  
417 -beamten gewährleisten und die bei der Aufgabenwahrnehmung nicht unterschritten  
418 werden dürfen.

### **19. Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen ausbauen**

419 Trotz aller Prävention und Aufklärung weisen die Zahlen von Partnerschaftsgewalt in  
420 Deutschland leider weiterhin eine leicht steigende Tendenz auf.<sup>4</sup> In vier von fünf Fällen  
421 sind hiervon nach wie vor Frauen betroffen. Das Hilfesystem für gewaltbetroffene  
422 Frauen weist bis heute eklatante Mängel auf. So finden gewaltbetroffene Frauen in  
423 ländlichen Regionen oft keine spezifischen Einrichtungen und ca. 90 Kreise in

---

<sup>4</sup> Partnerschaftsgewalt – Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2021, Bundeskriminalamt, erschienen 24. November 2022

424 Deutschland haben noch kein eigenes Frauenhaus. In diesem Zusammenhang dürfen  
425 selbstverständlich auch die Kinder und Jugendlichen, die in gewalttätigen  
426 Familiensituation leiden, nicht vergessen werden.

427 In unserem ländlich geprägten Bundesland gibt es große Lücken und teils müssen sehr  
428 weite Wege in Kauf genommen werden, um ein entsprechendes Hilfsangebot zu finden.  
429 Aber auch in Ballungszentren müssen Frauen häufig lange auf die Aufnahme ins  
430 Frauenhaus oder auf einen Beratungstermin warten, weil es an Kapazitäten fehlt.

431 Wir fordern, bestehende Lücken zu schließen und bestehende Angebote massiv  
432 auszubauen, damit Frauen in Rheinland-Pfalz flächendeckend Zugang zu  
433 Unterstützungsangeboten bekommen, wenn sie sie brauchen. Zusätzlich sollen  
434 Informationskampagnen und Präventionsangebote ausgebaut und etabliert werden.

## **20. Beleuchtung im öffentlichen Raum und damit gesellschaftliche Teilhabe sicherstellen**

435 Insbesondere Frauen fühlen sich in der nicht beleuchteten Öffentlichkeit unsicher und  
436 meiden Orte, die schlecht oder gar nicht beleuchtet sind. Dies führt zu einer massiven  
437 Einschränkung der persönlichen Freiheit und der Lebensqualität von Frauen. Wir  
438 möchten, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger ohne Angst im öffentlichen Raum  
439 bewegen kann.

440 Deshalb fordern wir eine flächendeckend ausreichende Beleuchtung an öffentlichen  
441 Plätzen, Gebäuden, Straßen, Unterführungen, Parkplätzen, rund um Bahnhöfe und allen  
442 anderen öffentlichen Orten.

## **21. Förderung der Freiwilligen Feuerwehr**

443 In Rheinland-Pfalz sind fast 75% der Feuerwehrangehörigen ehrenamtlich tätig. Nur so  
444 ist der Erhalt des Brandschutz- und Hilfeleistungssystems möglich. Aufgrund der  
445 aktuellen demographischen Entwicklungen ist es umso wichtiger, diesen  
446 ehrenamtlichen Dienst zu fördern und dafür zu sorgen, dass dieser noch in Zukunft  
447 leistungsfähig und leistbar bleibt.

448 Schon in der Jugendfeuerwehr werden viele Kinder und Jugendliche ab 10 Jahren nicht  
449 nur mit feuerwehrspezifischer Ausbildung vertraut gemacht, sondern sie erfahren auch,  
450 wie man durch freiwilliges Helfen und Handeln eine Gemeinschaft verantwortlich  
451 mitgestalten kann.

452 Trotzdem brauchen die Berufsfeuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr mehr Personal  
453 und mehr ehrenamtliches Engagement, um die Einsätze in den einzelnen Gemeinden  
454 weiter durchführen zu können und so Bürgern in der Not zu helfen. Durch verschiedene

455 Angebote für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) konnten einige Personen für die  
456 Freiwillige Feuerwehr gewonnen werden. Diese können aber meist nicht langfristig  
457 gehalten werden. Wir fordern die Ausarbeitung eines einheitlichen Übergangsprozesses  
458 vom FSJ zum regulären Dienst in der Feuerwehr. Um einen weiteren Anreiz zu schaffen,  
459 fordern wir, dass eine ehrenamtliche feuerwehrspezifische Ausbildung und ein FSJ auf  
460 eine Ausbildung in der Berufsfeuerwehr angerechnet werden.

## **22. Straßenausbaubeiträge final abschaffen**

461 Die Erhebung und Verwaltung von Straßenausbaubeiträgen führt wohl in Zukunft nicht  
462 mehr zu Belastungsspitzen für Bürgerinnen und Bürger, aber weiterhin zu ausuferndem  
463 Verwaltungsaufwand und zahlreichen Rechtsstreitigkeiten. In immer mehr  
464 Bundesländern werden die Straßenausbaubeiträge abgeschafft bzw. eine Diskussion  
465 über die Abschaffung geführt. Für uns sind Straßen Teil der Infrastruktur und damit der  
466 Daseinsfürsorge. Wir wollen unsere Bürgerinnen und Bürger, Räte, Verwaltungen und  
467 Gerichte entlasten! Wir fordern daher die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in  
468 Rheinland-Pfalz und wollen den Anliegeranteil durch Landesmittel ersetzen.

## **23. Kostengünstiger Eintritt für Kulturveranstaltungen für junge Menschen**

469 Viele Studierende profitieren von kostengünstigen und kostenlosen Eintrittskarten, wie  
470 z.B. das sogenannte DiMiDo Ticket in der Stadt Trier. „Unter dem Titel „Di-Mi-Do“  
471 können Studierende an den drei Wochentagen: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag bei  
472 freiem Eintritt Kultureinrichtungen in der Stadt Trier besuchen.[...] Als Legitimation  
473 reicht die Vorlage eines gültigen Studierendenausweises. Die kostenlosen Restkarten  
474 werden ab 20 Minuten vor einem Vorstellungsbeginn an der Kasse ausgegeben.“ Dieses  
475 Konzept wollen wir auf die Kulturlandschaft in ganz Rheinland-Pfalz und alle jungen  
476 Menschen unter 30 unabhängig eines Studiums ausbauen. Studierende, Azubis und  
477 Schüler sollten landesweit das Recht auf kulturelle Partizipation haben und der Besuch  
478 von Museum, Theater oder Philharmonie sollte nicht am Geldbeutel scheitern.

## **24. Gute Nachbarschaft sichtbar machen**

479 Rheinland-Pfalz grenzt mit seiner Lage im Südwesten Deutschlands direkt an unsere  
480 Nachbarn Frankreich, Belgien und Luxemburg. Über Jahrhunderte waren hier die Folgen  
481 der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Frankreich besonders spürbar.

482 Durch die europäische Gemeinschaft blicken wir inzwischen freundschaftlich zu unseren  
483 Nachbarn auf der anderen Seite der Grenze. Viele Arbeitnehmer pendeln täglich ins  
484 jeweils andere Land. Nichtsdestotrotz findet ein kultureller Austausch nur selten  
485 regelmäßig statt. Es ist zu beobachten, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern die kurze

486 Distanz zur Grenze im Alltag oft nicht bewusst ist. Deshalb wollen wir die Ausschilderung  
487 in Grenznähe zweisprachig gestalten. Ebenso möchten wir grenzübergreifende ÖPNV-  
488 Tickets ermöglichen, um es einfacher zu machen, unsere Nachbarn zu besuchen. Wir  
489 hoffen, damit ein Signal zu senden, das die unmittelbare Nähe zur Grenze ins  
490 Bewusstsein ruft und dazu motiviert, sich mit der Kultur des Nachbarn zu befassen.  
491 Zusätzlich soll der Kontakt mit unseren Freunden auf der anderen Seite der Grenze  
492 gesucht werden, damit sie den gleichen Schritt gehen. Ergänzend sollen mehr kulturelle  
493 Veranstaltungen, Feste, Sportevents und Gottesdienste gemeinsam und über Grenzen  
494 hinweg veranstaltet werden.

## **Zusammenfassung**

Wir wollen:

1. Unseren Wald für Klimaschutz und Naherholung erhalten
2. Den Ausbau von regenerativen Energiequellen vorantreiben
3. Kommunale Schwimmbäder stärken
4. Mit einem gerechten kommunalen Finanzausgleich für leistungsstarke Kommunen sorgen
5. Die Personalnot in Kitas bekämpfen, Infrastruktur ausbauen und Kommunen entlasten
6. Pflegekräfte aus dem Ausland anwerben und schnell integrieren
7. Die Resilienz des Gesundheitswesens stärken
8. Den Ärzte- und Apothekermangel bekämpfen
9. Neue Bürger kommunal besser integrieren
10. Die Attraktivität des ländlichen Raums für Arbeitnehmer und Arbeitgeber steigern
11. Mobilfunklücken auf dem Land endgültig schließen
12. Die Verkehrswende durch eine bessere Vernetzung mit einem Mobilitätsnetzwerk beschleunigen
13. Plattformen für die Berufe der Zukunft schaffen
14. Die Popularität von Ausbildungsberufen steigern
15. In den Schulen die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um IT-Talente zu fördern
16. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für IT-Fachkräfte steigern
17. Bürokratie abbauen und Verwaltungen digitalisieren
18. Den Kommunalen Vollzugsdienst vereinheitlichen
19. Die Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen ausbauen
20. Die Beleuchtung im öffentlichen Raum und damit gesellschaftliche Teilhabe sicherstellen
21. Die Freiwilligen Feuerwehren fördern
22. Straßenausbaubeiträge final abschaffen
23. Kostengünstige Eintrittspreise für junge Menschen für Kulturveranstaltungen
24. Gute Nachbarschaft zu unseren europäischen Freunden sichtbar machen